



RONALD BARAZON

Die Abschaffung der Feuerwehr

Wird die Feuerwehr abgeschafft, wenn es einige Zeit nicht brennt? Kündigt man die Krankenversicherung, wenn man gesund ist? Oder die Haushaltsversicherung, weil länger nicht eingebrochen wurde? Wohl kaum. Genau dieses Verhalten legt aber die österreichische Politik derzeit an den Tag.

Der österreichische Bundespräsident ist die politische Feuerwehr des Landes. Wenn keine Regierung zustande kommt, wenn das Parlament nicht funktioniert, kurzum, wenn Gefahr im Verzug ist, dann ist es Aufgabe des Bundespräsidenten, das Land zu regieren

und wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Um hierfür die entsprechende Legitimation zu haben, wird der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt.

Da Regierung und Parlament seit Langem funktionieren, also keine gravierende politische Krise das Land erschüttert hat, musste kein Bundespräsident der Zweiten Republik die Führung des Landes übernehmen. Somit ist offenbar die eigentliche Funktion des Amtes in Vergessenheit geraten. Nicht anders ist die Reihe von Aktivitäten zu erklären, die die Notwendigkeit des Bundespräsidenten infrage stellen.

Die Abschaffung der Feuerwehr wird in einer Phase betrieben, in der alle Elemente für ein politisches Großfeuer gegeben sind. Elemente, die es in dieser Ausprägung seit 1945 nicht gegeben hat. Der Katalog der akut bestehenden Gefahren ist erschreckend.

Keine Partei hat eine solide Basis in der Bevölkerung: Für die beiden ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP haben zuletzt weniger als 30 Prozent der Wähler gestimmt, und das bei einer geringen Wahlbeteiligung. Die anderen Parteien folgen mit größerem Abstand. Kurzum, die klaren Verhältnisse der Nachkriegszeit gibt es nicht mehr.

Die Lösungskompetenz der Politik hat dramatisch abgenommen. Wenn in diesen Tagen an den Start der Regierung Kreisky vor vierzig Jahren erinnert wird, so fällt der Unterschied zwischen der damaligen Serie von Reformen und der aktuellen Lähmung überdeutlich auf.

Vor allem ist die Regierung angesichts der Wirtschaftskrise hilflos. Besonders hier ist eine Reminiszenz angebracht: Nach dem Ölchock im Dezember 1973 ging unter Führung des dama-

ligen Finanzministers Hannes Androsch Österreich einen eigenen wirtschaftspolitischen Weg. Während im übrigen Europa die Arbeitslosigkeit explodierte, hielt Österreich ein hohes Beschäftigungsniveau und wies trotzdem Anfang 1980 nur ein Budgetdefizit von 2,5 Prozent des Sozialprodukts auf.

Heute beherrschen eine zersplitterte Parteienlandschaft, eine hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung, ungelöste Probleme und eine wachsende Arbeitslosigkeit das Geschehen. Das sind die Voraussetzungen für Krisen, die die Regierung und das Parlament überfordern könnten.

In dieser Situation sollte das Amt des Bundespräsidenten gestärkt und nicht infrage gestellt werden.

Ihre Meinung?
salzburg.com/barazon